

C·A·P Planung...

24.-25. September

„Systemwandel in Europa“, Fachtagung der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung in Kooperation mit dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Bonn

5.-6. Oktober

Sitzung der „Strategiegruppe Europa“, Konferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, Gütersloh

8.-10. Oktober

Sitzung der „Task Force Slowenien“, organisiert von der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, Ljubljana

26.-28. Oktober

„Die politische Rolle der EU im Mittelmeerraum“, Fachkonferenz der Bertelsmann Stiftung und der Forschungsgruppe Europa, Frankfurt

30.-31. Oktober

Fachkonferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung „Der Nutzen der Osterweiterung für die Europäische Union“

5.-6. November

„Standort Welt – Fazit für das 21. Jahrhundert“, Konferenz der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, des Deutschland-Radio Berlin und des C·A·P, Berlin

7.-9. November

Jahreskolloquium des C·A·P

4.-5. Dezember

„Europa am Scheideweg? Perspektiven der europäischen Integration nach Amsterdam“, Fachkonferenz der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Kooperation mit dem C·A·P, München

C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung
(C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4904 290

Fax 089 - 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/

WWW/CAP.html

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Amsterdamer Springprozedur

Eine erste Bilanz des Vertragsentwurfes von Amsterdam
von Claus Giering

Durch die Kontroverse um Beschäftigungspolitik und Stabilitätspakt im Vorfeld des EU-Gipfels von Amsterdam sind die eigentlichen Reformvorhaben – die Wahrung der Handlungsfähigkeit der EU mit Blick auf die anstehende Erweiterung, die innen- und außenpolitischen Herausforderungen sowie die notwendige Flexibilisierung – in den Hintergrund gedrängt worden.

Trotz zahlreicher Verbesserungen im Detail bleibt die institutionelle Reform der Union Stückwerk. Als Junktim gilt nun, daß die großen Mitgliedstaaten im Zuge der nächsten Erweiterungsrunde auf einen ihrer beiden Kommissare verzichten, dies aber nur, wenn vorher eine Neuregelung der Stimmgewichtung im Rat einstimmig beschlossen worden ist. Die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament wurde zwar auf 700 begrenzt, die Überrepräsentation der kleinen Mitgliedstaaten läßt aber auch hier keine konfliktfreie Ad-hoc-Anpassung erwarten. Ebenso steht es mit allen übrigen Gemeinschaftsorganen – die personelle Beschickung nach einer Erweiterung bleibt offen. Will die EU tatsächlich neue Mitgliedstaaten aufnehmen, dann ist eine weitere Reformrunde mit substantiellen Anpassungen der immer noch auf sechs Mitgliedstaaten ausgerichteten Institutionen unumgänglich.

In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde ein „Facelifting“ durchgeführt. Die EU erhält durch den Generalsekretär des Rates ein außenpolitisches Gesicht, die Troika wurde verändert und ein Planungs- und Analysezentrum eingerichtet. Das grundlegende Defizit konnte jedoch nicht behoben werden: Weiterhin müssen strategische Entscheidungen einstimmig getroffen werden und bei den mit Mehrheit zu beschließenden Durchführungsmaßnahmen können Mitgliedstaaten „nationale Interessen“ geltend machen. Damit besteht für den gesamten Bereich der GASP de facto ein Vetorecht. So kann Europa auf absehbare Zeit keine effektive Außenpolitik betreiben.

Positiv sind die Fortschritte in der Innen- und Rechtspolitik zu beurteilen, selbst wenn die grundlegenden Veränderungen erst nach langjährigen Übergangsfristen greifen werden. Durch die weitgehende Vergemeinschaftung der dritten Säule des Maastrichter Vertrages und des Schengener Abkommens kann die Union nun in Politikfeldern tätig werden, die die Bürger Europas tatsächlich bewegen. Die Verlagerung dieser Kompetenzen auf die europäische Ebene hätte aber durch entsprechende Kontrollrechte des Parlaments demokratisch abgedeckt werden müssen. Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Ohne demokratische Kontrolle der Innen- und Rechtspolitik wachsen Zentralisierungstendenzen – und das zurecht.

Die im neuen Vertrag verankerte Flexibilisierung der Integration soll helfen, mögliche Blockaden durch integrationsunfähige oder -unwillige Mitgliedstaaten zu vermeiden. Über den Beginn einer Flexibilisierung kann mit Mehrheit entschieden werden. Allerdings erhält jeder Mitgliedstaat auch hier bei entgegenstehenden „nationalen Interessen“ ein Vetorecht. Damit wird die potentielle Gestaltungskraft der Flexibilitätsklausel erheblich eingeschränkt.

In der Summe ist der Vertrag von Amsterdam als konsequente Fortsetzung der schrittweisen Vertiefung in die Tradition der Einheitlichen Europäischen Akte und des Vertrages von Maastricht einzureihen. Im institutionellen Bereich wurden die richtungweisenden Reformschritte aber in der letzten Nacht zurückgezogen. Es bleibt abzuwarten, ob es der nächsten Regierungskonferenz unter dem direkten Druck der Osterweiterung gelingt, den institutionellen Reformprozeß den entscheidenden Schritt voranzubringen.

Dr. Claus Giering, Forschungsgruppe Europa

C·A·P Prolog...

Amsterdam...

... macht den Weg frei zur Erweiterung der EU nach Osten. So lautet das Resümee der Regierungschefs nach dem Gipfel. Gemessen am Anforderungsprofil für die Reform – nachzulesen in unserem Memorandum „Europa '96“ – greift der Vertrag von Amsterdam jedoch zu kurz; **Europa integriert sich im Kriechgang**. Die vorher noch als zentral gehandelten institutionellen Reformen wurden weitgehend vertagt und auf die Phase äußersten Entscheidungsdrucks im direkten Vorfeld der nächsten Beitrittswelle verschoben. Der Flexibilitätsklausel wurden integrationspolitische Fesseln angelegt.

Dennoch bringt das Vertragswerk die Integration weiter: Wir plädieren in unseren Reformüberlegungen für ein Zwei-Kammer-System der EU von Rat und Parlament in der Gesetzgebung und für eine Vereinfachung der Verfahren – Amsterdam hat dazu einen wichtigen Fortschritt gebracht. Wir plädieren für eine Europäisierung von Einwanderungs- und Asylrecht – der Vertrag schafft die Grundlage dafür. Wir plädieren für mehr Handlungsfähigkeit nach außen, für Mehrheitsentscheidungen und Aktionsräume für handlungswillige Gruppen – die künftige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bewegt sich zumindest schrittweise in diese Richtung.

Während der Schlußtext in Reform gebracht wird, arbeitet die Forschungsgruppe Europa an einer genauen **Analyse**. Sie wird, zusammen mit den Quellen, Entwürfen und Positionen, in Kürze erscheinen.

Josef Janning

Polen auf dem Weg in die EU

Besuch von Lech Walesa in München

Die Integration Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union ist ein Arbeitsschwerpunkt des C·A·P. Am 23. Juli besuchte der ehemalige Staatspräsident Polens Lech Walesa das Centrum für angewandte Politikforschung, um im C·A·P-Forum die Perspektiven Polens im Europa des 21. Jahrhunderts zu skizzieren. Im Anschluß an seinen Vortrag – den der Fernsehkanal PHOENIX aufzeichnete – stand Lech Walesa dem Publikum über eine Stunde lag Rede und Antwort.

Polen durchlebt 1997 eine entscheidende Phase. Nach Verabschiedung einer neuen Verfassung stehen im Herbst Parlamentswahlen an. Auch außenpolitisch werden grundlegende Weichenstellungen vorgenommen: Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben auf dem Madrider Gipfel an Warschau die Einladung zum Beitritt ausgesprochen. Die Erweiterung der Europäischen Union gestaltet sich indessen schwieriger: Zwar sollen im nächsten Jahr Beitrittsverhandlungen mit Polen beginnen, aber der Reformstau der EU in bezug auf die Erweiterungsfähigkeit der Institutionen sowie die Agrar-, Struktur- und Haushaltspolitik läßt darauf schließen, daß sich diese über einen langen Zeitraum hinziehen werden. In seinem Eingangsstatement ging *Lech Walesa* auf diese Entwicklung und die Erwartungen Mittel- und Osteuropas ein:

„Europa vereint sich. Grenzen sind dabei zu historischen Marken geworden. Wir dürfen nicht zulassen, daß Europa von neuen Grenzlinien durchschnitten wird, denn unser Kontinent stellt sowohl geschichtlich als auch kulturell eine Einheit dar. Im 21. Jahrhundert wird nicht nur Europa, sondern die ganze Welt zusammenwachsen.“

Walesa stellte den Besuchern des Forums dann seine ganz eigene Interpretation des Kalten Krieges, dessen Ende für Europa einen neuen

Anfang bedeutete, und seiner Folgen vor: Es sei der schlimmste Krieg gewesen, da er im Osten unermeßliches Leid und wirtschaftliche Not verursachte. Es sei aber auch der seltsamste Krieg gewesen, da kein einziger Schuß fiel. Er erinnerte dann die Westeuropäer, als Gewinner dieses Krieges, an ihre Aufgabe. Obwohl Europa auf fünfzig Jahre Marshall-Plan zurückschauen, wisse seiner Ansicht nach offensichtlich niemand, wie man nun den errungenen Frieden bewirtschaften solle. „Da der Frieden nicht mit Blut erreicht worden ist, achten wir ihn nicht so hoch.“

Was Europa laut Walesa aber heute brauche, sei das Bewußtsein für den Prozeßcharakter des Aufbaus Mittel- und Osteuropas, nicht zuletzt, um den Wettbewerb zwischen den EU-Beitrittskandidaten aus diesem Raum

Lech Walesa und Werner Weidenfeld im C·A·P-Forum. Über einhundert Besucher aus Wissenschaft, Publizistik und Wirtschaft besuchten die Veranstaltung und hatten Gelegenheit, Fragen an den Referenten zu stellen.

Polen als Bindeglied
zwischen Ost und West

etwas zu zügeln. Darüber hinaus müsse jedem klar gemacht werden, daß ein vereinigtes Europa gegen niemanden gerichtet sei. Das alte Konfrontationsdenken müsse also überwunden werden. Auch seien die Ängste sozialer Gruppen vor einem Identitätsverlust im europäischen Einigungsprozeß, die offensichtlich auch in Polen bestehen, unbegründet.

Wie stellt sich für Walesa nun die Aufgabe Polens in diesem neuen europäischen Szenario dar? Die Rolle Polens sei für den selbstbewußten „Anführer einer demokratischen Revolution“ – wie Prof. *Werner Weidenfeld* ihn in der Vorstellung charakterisierte – eindeutig die eines Bindegliedes nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd. Dabei erachtet Walesa die Konsequenzen einer NATO-Osterweiterung für bedeutender als die einer EU-Osterweiterung. Durch der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der NATO und Rußland sowie der Ukraine werde sich in der Einschätzung Walesas die Funktionsweise der Sicherheitsinstitutionen verändern. Nach der Aufnahme in die NATO müsse Polen dann in einem neuen geopolitischen Sicherheitsrahmen alles tun, um Vertrauen zu bilden und Stabilität nach Osten zu exportieren. Auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland werde für die Zukunft der Region in diesem Sinne von großer Bedeutung sein.

Stärkere Berücksichtigung
der Nutzen der
Osterweiterung

Das wichtigste Ergebnis des Abschlusses der EU-Regierungskonferenz in Amsterdam ist nach Ansicht Walesas die Tatsache, daß die Beschlüsse als Wegbereiter für die EU-Osterweiterung zu werten seien. Walesa wies darauf hin, daß die Folgen einer Nicht-Aufnahme der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas in die Union weitaus verheerender ausfallen würden als jene, die heute für den Fall der Aufnahme absehbar seien. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Reformstaaten in den ersten Dekaden des neuen Jahrtausends in den Mittelpunkt europäischer Dynamik rücken würden. Die Osterweiterung werde aus diesem Grund unabwendbar und auch wirtschaftlich nützlich sein. Polen werde dabei als Bindeglied zwischen den alten und den neuen Demokratien agieren und somit „der Garant für Sicherheit und Frieden sein, ein Stützpfiler der europäischen Ordnung“. Die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland sei es in diesem Zusammenhang, die Brücke zwischen West und Ost zu bauen.

C·A·P Projekt...

Zum Stand der Vorbereitungen der **Visegrádstaaten** (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) auf die **Beitrittsverhandlungen mit der EU** veranstaltete das C·A·P gemeinsam mit der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung** und dem **Centre for European Research and Education** Ende Juni ein Seminar in Posen. An ihm nahmen auch Mitarbeiter des **Institute for World Economics** und des **Europa Institutes Budapest** aus Ungarn sowie des **Institute for International Relations**, Prag, und des **Center for Economic and Social Analysis - MESA 10**, Bratislava, teil. Als vorrangige **Problemfelder** wurden der Prozeß der Rechtsangleichung, die Reform der Staatsverwaltung sowie die Umstrukturierung der Landwirtschaft identifiziert. Die Wissenschaftler kritisierten zudem das Fehlen einer breiten öffentlichen Debatte über **die Kosten und den Nutzen einer EU-Mitgliedschaft** in ihren Ländern. Zum Sorgenkind unter den vier Beitrittskandidaten entwickle sich mehr und mehr die **Slowakei**. In ökonomischer Hinsicht gebe es zwar einige Erfolge zu verzeichnen (hohes Wirtschaftswachstum, niedrige Inflationsraten, etc.), doch die demokratische Entwicklung verlaufe wenig erfreulich. Künftig sei sogar im wirtschaftlichen Bereich mit Problemen zu rechnen, da auf der mikroökonomischen Ebene bislang keine tiefgreifenden Reformen stattgefunden haben. Die Chancen für die Slowakei, in einer ersten EU-Erweiterungsrunde vertreten zu sein, bezeichneten die Experten als minimal. Weiterhin beanstandet wurde die **unzureichende Unterstützung der Beitrittsvorbereitungen durch die EU**. Insbesondere der **Strukturierte Dialog** zwischen der EU und den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas habe die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die Vorbereitung der Ministertreffen sei mangelhaft, deren Zahl zu gering und die Treffen selbst zeitlich zu knapp bemessen. Im Rahmen der weiteren Projektarbeit wird die für Juli angekündigte **Stellungnahme der Kommission** zu den Beitrittchancen der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas und die **Verhandlungsstrategie der EU** auf besonderes Interesse treffen.

German Marshall Fund

Zusammenarbeit zwischen Europa und USA stärken

The German Marshall Fund of the United States (GMF) wurde 1972 anlässlich des 25. Jahrestages des Marshall-Plans gegründet. Basis des Fonds ist eine Schenkung der Bundesrepublik Deutschland an die USA, mit der die Bundesregierung unter *Willy Brandt* ihren Dank für die amerikanische Unterstützung des deutschen Wiederaufbaus nach dem Krieg ausdrückte. Bundeskanzler *Helmut Kohl* bekräftigte später durch eine zweite Schenkung die Unterstützung. Aufgabe des GMF ist es, das Verständnis zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Europas zu vertiefen und die transatlantische Zusammenarbeit zu verstärken. Zu diesem Zweck vergibt der GMF jährlich Mittel an externe Projektpartner. Thematisch werden zur Zeit folgende Schwerpunkte gesetzt: Aufbau von transatlantischen Multiplikatoren-Netzwerken, Wirtschaftliche Kooperation und Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz, Reformen in Mittel- und Osteuropa und Einwanderung.

Der GMF hat in diesem Zusammenhang dem C·A·P Mittel für das Studien- und Konferenzprogramm „Improving Responsiveness to

International Change“ bewilligt. Das Konzept des Projektes geht von der Prämisse aus, daß es für die nachwachsenden Eliten in den Vereinigten Staaten und in Europa nach dem Wegfall des Systemkonfliktes zwischen Ost und West schwieriger geworden ist, wechselseitige Interessen und Präferenzen auch zu solchen Themen präsent zu halten, die nicht zum Kernbereich der bilateralen Beziehungen zählen. Ziel des Projektes ist es deshalb, den Dialog zwischen jüngeren Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks zu diesen „dritten“ Themen der internationalen Politik zu fördern. Zu diesem Zweck lädt das C·A·P zweimal jährlich zu einem „Round Table“ ein, zu dem Entscheidungsträger und Meinungsführer eingeladen werden, die bisher nicht in unmittelbarem Kontakt mit dem traditionellen euro-amerikanischen Beziehungsgeflecht standen. Die Treffen in Europa und Amerika werden durch Arbeitspapiere und schriftliche Vorschläge zu den Agenden vorbereitet. Inhaltlich soll dabei z. B. über die globale Förderung von Demokratie und Marktwirtschaft, eine nachhaltige Entwicklung, den Islam oder die wirtschaftliche Globalisierung diskutiert werden. Die Ergebnisse der Treffen werden am C·A·P zusammengefaßt und in dem sich ständig vergrößernden Kreis der Teilnehmer sowie an identifizierende Zielgruppen distribuiert. Auch die technischen Möglichkeiten des Internet sollen dazu genutzt werden.

Über dieses Programm hinaus wird sich der GMF inhaltlich und fördernd auch an dem Projekt „Netzwerk Transatlantische Lerngemeinschaft“ beteiligen, das die *Bertelsmann Stiftung* in Kooperation mit der *Forschungsgruppe Europa* am C·A·P in diesem Jahr ins Leben gerufen hat.

Improving Responsiveness to
International Change

Round Tables zur
Förderung des Dialogs
transatlantischer Eliten

C·A·P Personale...

Prof. Dr. Werner Weidenfeld wird in seiner Funktion als Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt Ende Juli **Bundespräsident Roman Herzog auf einem Besuch in die USA begleiten**. Anliegen der Gespräche dort wird es sein, auf die bleibende Bedeutung der **transatlantischen Partnerschaft** hinzuweisen.

Ende Juni wurde der Direktor des C·A·P zudem in das Geschäftsführende Präsidium der **Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik**, Bonn, gewählt.

Forschungsgruppe Europa: **Auf dem Weg nach Amsterdam – Europapolitische Essentials für die Reform der Europäischen Union**, Positionspapier der Forschungsgruppe Europa, 36 S., Mai 1997.

Die EU hatte sich für den Vertrag von Amsterdam hohe Ziele gesetzt. Was ursprünglich als thematisch eng begrenzte Überprüfungskonferenz geplant war, um die in Maastricht offen gebliebenen Fragen zu klären, hatte mit Blick auf die Erweiterung eine weitaus tiefere Bedeutung erlangt: Es ging darum, die institutionelle Handlungsfähigkeit der Union zu wahren, die Transparenz und demokratische Legitimation zu erhöhen sowie die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten. Das Positionspapier bündelt die Reformvorschläge der *Forschungsgruppe Europa* als Prüfsteine für diese Ziele. Es bietet gleichzeitig einen Überblick über die Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten sowie den Verlauf der Regierungskonferenz auf dem Weg zum Vertrag von Amsterdam.

Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.) in Kooperation mit der Europäischen Kommission, dem Institut für Europäische Politik und dem Europa Union Verlag: **Europa von A-Z auf CD-ROM** (Lizenzausgabe), Brüssel 1997.

Die *Europäische Kommission* nutzt zunehmend neue Technologien, um Informationen über die Institutionen, Politikbereiche und Herausforderungen der Europäischen Union den Bürgern näher zu bringen. Das von *Werner Weidenfeld* und *Wolfgang Wessels* herausgegebene Standardwerk „Europa von A-Z – Taschenbuch der europäischen Integration“ erleichtert diese anspruchsvolle Aufgabe schon seit langem. Auch in Brüssel erkannte man die Qualität dieses einfach zugänglichen, aber trotzdem in der Substanz qualitativ hochwertigen Lexikons. Es wurde deshalb jetzt vom *Amt für Amtliche Veröffentlichungen der EG (EUR-OP)* in einer Lizenzausgabe in elf Amtssprachen auf CD-ROM digitalisiert. Die CD-ROM wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission verfügbar gemacht werden.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): **Europa – Fragen nach der Zukunft**, 118 S., München 1997.

Der vorliegende Band enthält Beiträge, die im Rahmen eines wissenschaftlichen Europa-Symposiums entstanden sind, das die *Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit* in Kooperation mit dem C·A·P im Dezember 1996 durchgeführt hat. In ihm werden die großen Herausforderungen, denen sich Europa und Deutschland in der Zukunft stellen müssen – institutionelle Entwicklung der EU, Föderalisierung der Gemeinschaft, Etablierung der Wirtschafts- und Währungsunion, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Erweiterung der EU nach Osten – von Mitarbeitern des C·A·P und weiteren fachkundigen Autoren thematisiert. Das Buch bietet so einen Querschnitt über aktuelle europäische Gestaltungsoptionen.

C·A·P Portrait...

Der **Leiter der Forschungsgruppe Deutschland** am C·A·P, **Dr. Karl-Rudolf Korte**, hat sich in der **Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität München habilitiert**. Ihm wurde die Lehrbefähigung für das Fach Politische Wissenschaft erteilt. Als Privatdozent (Dr. rer. pol. habil. Dr. phil.) wird er weiter auch am Geschwister-Scholl-Institut als Akademischer Rat lehren. Nach Studium in Tübingen und Mainz, Staatsexamen und Promotion an der Universität Mainz wechselte Korte 1995 nach München. Neben längeren Forschungsaufenthalten in Japan war er 1991 auch Kennedy Fellow an der Harvard University (Center for European Studies). **Seine Habilitationsschrift befaßt sich mit dem Regierungsstil von Bundeskanzler Helmut Kohl am Beispiel zentraler Politikfelder**. Korte hatte hierfür über viele Jahre Zugang zu **geheimen Akten der Bundesregierung**. Mit den wichtigsten **Akteuren des Entscheidungsprozesses** führte er lange Gespräche. So entstand eine spannende Studie über die **Kunst des politischen Machterhalts**, die den Blick hinter die Kulissen freigibt. Das Buch erscheint **Anfang 1998**.

Effektivierung deutscher Europapolitik

Im Rahmen des Projektes „Effektivierung deutscher Europapolitik“ der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa tagten am 16. Mai auf dem Bonner Venusberg Experten aus Wissenschaft, Publizistik und Politik. Themen einer ersten Fachrunde waren die Rolle Deutschlands im neuen Europa, das Verhältnis Bonnens zu seinen Partnern und die Akzeptanz der europäischen Integration in der deutschen Bevölkerung.

Die dauerhafte Einbettung des föderalen Systems und des Gewichts des vereinten Deutschlands in die EU stellt eine besondere Herausforderung für die deutsche Politik und ihre europäischen Partner dar. International werden Interessen neu definiert, Strategien modifiziert, Partnerkonstellationen kritisch hinterfragt. In der Bundesrepublik erlangen indes immer mehr exekutive Akteure europapolitische Gestaltungsmacht und Vetomöglichkeiten, während die Legislative marginalisiert und die Judikative instrumentalisiert wird. Gleichzeitig muß die Orientierungsleistung und Kohärenz deutscher Europapolitik angesichts zahlreicher Herausforderungen – Währungsunion, Osterweiterung, Reform der Institutionen – erhöht werden. Im Projekt „Effektivierung deutscher Europapolitik“ sollen deshalb Vorschläge erarbeitet werden, wie die Entscheidungsprozesse deutscher Europapolitik zielgerecht gestaltet werden können und welche korrespondierenden Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zu berücksichtigen sind.

Nachdem *Werner Weidenfeld* auf dem Venusberg in dieses Thema einführte, belegte *Bernhard Zepfer*, Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, anhand vieler Beispiele das konstante Interesse Deutschlands an der europäischen Integration. In operativer Hinsicht sei aber wichtig, daß die europäischen Eliten und Bevölkerungen der EU klarere Ziele vorgäben, um die Frage „Welches Europa?“ beantworten zu können und davon effiziente Strategien abzuleiten. *Simon Bulmer*, Universität Manchester, referierte über die Strategien deutscher Europapolitik. Vor allem die Gestaltung der Institutionen der Gemeinschaft und des Wirtschaftsraumes Europa nach deutschen ordnungspolitischen Vorstellungen träte dabei als ein konstantes Motiv und Ergebnis zutage. Auch wenn in der Brüsseler Tagespolitik Deutschland sich durch seinen institutionellen Pluralismus oft selbst im Weg stehe, so seien die langfristigen Erfolge der Europapolitik nicht zu verkennen. Durch ihre steti-ge Bereitschaft zur Zusammenarbeit seien deutsche Politiker immer entscheidend an dem Zustandekommen neuer Integrationsprojekte beteiligt gewesen. Nach einem Kommentar von *Elmar Brok*, MdEP, zeigte *Ulrike Gúerot*, Notre Europe, am Beispiel der Währungsunion auf, welche Empfindlichkeiten diese deutsche Gestaltungsdominanz insbesondere in Frankreich wecken kann. *Michael Röskau*, Leiter des Arbeitstabes WWU im Bundesfinanzministerium, erinnerte in seinem Beitrag aber auch an zahlreiche deutsch-französische Gemeinsamkeiten. Es war trotzdem ein bleibender Eindruck der Konferenz, besonders präsent während der Diskussion „Deutschland und seine Partner“ mit *Hans Stark*, IFRI Paris, *William E. Paterson*, Universität Birmingham, und *Maarten Brands*, Universität Amsterdam, daß der Bundesrepublik eine zentrale Rolle als ausgleichende Kraft in Europa zukommt, die stets die Interessen und Perzeptionen der zahlreichen Partner berücksichtigen sollte. Die damit nötige Kompromißbereitschaft des bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedes wird allerdings gerade bei der Einführung des Euro durch innenpolitische Restriktionen stark eingengt. Darauf wies *Karl-Rudolf Korte*, Leiter der Forschungsgruppe Deutschland, in seiner Analyse zur Akzeptanz der Europapolitik in der deutschen Bevölkerung deutlich hin. *Michael Garthe*, Chefredakteur der Rheinpfalz, vertiefte dieses Thema und plädierte für mehr Offenheit und Mut der Politik gegenüber der Wählerschaft. Mit einer stärkeren Fokussierung auf die Entscheidungsprozesse der deutschen Europapolitik soll der Dialog im Herbst fortgeführt werden.

C·A·P-FORUM...

„Deutsches Europa oder europäisches Deutschland? Regierungskonferenz, Währungsunion, Osterweiterung“ war das Thema des Forums am 5. Mai im Rahmen der **Europawoche**. Unter der Leitung von **Josef Janning** diskutierten **Marcell von Donat**, Hauptberater a. D. der Europäischen Kommission, **Dr. Franz-Lothar Altmann**, Südost-Institut München und **Dr. Karl-Rudolf Korte** die Rolle der Bundesrepublik in der EU angesichts der dichten **Agenda 2000**.

Die Vorträge zeigten, daß Europa in der Tat im letzten Jahrzehnt etwas „deutscher“ geworden ist. Die Stabilitätspolitik, die Konstruktion des Euro, der Föderalismus und die soziale Marktwirtschaft haben in vielerlei Hinsicht prägend gewirkt, wenn auch auf europäischer Ebene letztlich immer etwas Neues entsteht. Im übrigen gilt aber für Deutschland, wie bei der Einführung des Euro deutlich wird, daß man sich nur schwer von der nationalen Perspektive lösen kann. Die Nation mit den meisten Nachbarn, der höchsten Bevölkerungszahl, der zentralsten Lage in Europa und der wichtigsten Volkswirtschaft steht indes vor der unausweichlichen Aufgabe, sich ihrer Verantwortung – insbesondere gegenüber Mittel- und Osteuropa – zu stellen. Die **Vertiefung** (über den Euro) und **Erweiterung** der EU als herausragende Ziele deutscher Europapolitik korrespondieren insofern mit der **Staatsräson der EU: Sicherheit voreinander** – auch vor dem vereinten Deutschland – und **Sicherheit miteinander** – vor allem Richtung Osten und Richtung Süden.

Geldwertstabilität für Europa als oberste Priorität

Bedingungen eines harten Euro erörtert

1999 soll die Währungsunion starten. Obwohl die Vorbereitungen im Zeitplan liegen, erscheint die Situation nicht so klar, wie sie sich nach Amsterdam eigentlich darstellen müßte. Eine Verschiebungsdiskussion flammt auf, während die Kommission von einem pünktlichen Start und einem großen Teilnehmerkreis ausgeht. Die weiche Interpretation der Konvergenzkriterien wird in den Debatten aber kategorisch ausgeschlossen. Das Projekt ist in einer Glaubwürdigkeitsfalle, die das Vertrauen in den Euro belastet. Eine Konferenz der *Forschungsgruppe Europa* und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* diente der Versachlichung dieser Diskussionsstränge. *Stefan Collignon* (AUME, Paris) erwartet eine stabile Währung, auch wenn die Spielräume des Maastrichter Vertrages genutzt werden. *Bernd Goos* (Bundesbank) betonte dagegen die Notwendigkeit einer strengen Interpretation. Die Alternative einer Verschiebung der WWU wurde offen erörtert. *Michael Sturm* (Universität Mainz) befürwortete dies, falls Deutschland und Frankreich die Kriterien verfehlen. Um die Konsolidierungsanstrengungen der EU-Staaten aufrecht zu erhalten, könnte man aber den Stabilitätspakt bereits in Kraft setzen. Weitgehend einig waren sich aber die Teilnehmer, daß ein pünktlicher Start der WWU anzustreben sei.

„Mirroring Germany“

... lautete das Thema einer Konferenz, die unter Leitung von **Dan Diner am Institute for German History der Tel Aviv University** veranstaltet wurde. Ein international und interdisziplinär besetztes Panel diskutierte zwei Tage lang die Außenansichten Deutschlands in Geschichte und Gegenwart. **Elke Bruck, Forschungsgruppe Deutschland**, präsentierte auf der Veranstaltung, die von der **Bertelsmann Stiftung** unterstützt wurde, einen Ausschnitt aus dem Forschungsschwerpunkt **„Politische Kultur“** am C·A·P. In einem Beitrag über Konstitution und Entwicklung des französischen Deutschlandbildes stellte sie dar, wie sensibel das neue Selbstverständnis und die **außenpolitische Rollenfestlegung** des vereinten Deutschlands in Frankreich wahrgenommen wird.

Das EU-Programm PRINCE...

...der **Europäischen Kommission** soll dazu dienen, Brüssel dem Bürger näher zu bringen. Im Rahmen dessen wird die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** aktiv. Am 5.11.1997 wird im Rahmen der 20-Jahr-Feier der **Europäischen Schule** in München eine Informationsveranstaltung zum Thema **Mobilität in Europa** stattfinden. Vormittags wenden sich die Angebote an Schüler, die Diskussionsrunde am Nachmittag richtet sich an Lehrer sowie Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit. Des weiteren wird am 25.11. im **Europäischen Patentamt** eine Konferenz zur **Jugendarbeitslosigkeit** organisiert. Zielgruppe der Veranstaltung sind Fachkräfte der Jugendsozialarbeit, Verantwortliche im Bildungs- und Jugendbereich sowie Experten und Politiker.

Kontakt: Barbara Tham (Telefon: 089-4904-2957)

Adaption internationaler Bildungsmethoden

Showcase Toleranz

Anfang Juli veranstaltete die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* in Kooperation mit der *Ausländerbeauftragten der Stadt München, Dr. Chong-Sook Kang* und dem Verein *Gegen Vergessen - für Demokratie e.V.* im *Literaturhaus München* einen „Showcase Toleranz“. *Dr. Thomas R. Henschel* und *Susanne Ulrich* vom C·A·P stellten dabei interessierten Vertretern von Bildungseinrichtungen deutsche, amerikanische und israelische Methoden aus dem Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ vor. Über 80 Personen – Lehrer, Kirchenvertreter, politische Bildner, Direktoren von Akademien sowie Verbands- und Vereinsvertreter der Bildungs- und Sozialarbeit – nahmen an der eintägigen Veranstaltung teil. Unter den Teilnehmenden war auch der Leiter des Berliner Büros der *Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Dr. Volker Klepp*. Der „Showcase Toleranz“ war die erste Veranstaltung dieser Art und stieß sowohl bei den Beteiligten wie auch bei der Presse auf großes Interesse. In Zukunft soll diese Art der Präsentation durch die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* eine Fortführung finden.

Strategien für die koreanische Einheit

Die deutsche Wiedervereinigung stößt in Korea auf großes Interesse, da viele Koreaner sich für ihr geteiltes Land ein ähnlich schnelles und friedliches Vorgehen wünschen. Die wirtschaftliche Ausgangssituation auf der koreanischen Halbinsel ist indes deutlich schlechter als im deutschen Fall. Im Rahmen eines vom *Korea Economic Research Institute* geförderten trilateralen Forschungsprojektes der *Columbia Law School*, New York, der *Yonsei Universität*, Seoul, und dem C·A·P sollen in den nächsten zwei Jahren auf der Grundlage der deutschen Erfahrungen Strategien für den koreanischen Vereinigungsprozeß erarbeitet und ein „Handbuch zur koreanischen Wiedervereinigung“ publiziert werden. Demnächst soll deshalb auch das am C·A·P entstandene „Handbuch zur deutschen Einheit“ auf koreanisch erscheinen. Zur Identifizierung der wichtigsten Fragestellungen traf sich die Projektgruppe im Juni in München. Projektdirektor auf deutscher Seite ist Prof. *Werner Weidenfeld*, die Projektleitung liegt bei *Felix Ph. Lutz*. Nachrichten über das Projekt werden auf einer Homepage im World Wide Web verfügbar gemacht. Die Adresse lautet: <http://www.columbia.edu/cu/korealaw/unification/unification.html>

Aus der deutschen
Wiedervereinigung lernen

Standort Welt...

... – Fazit für das 21. Jahrhundert ist das Thema der diesjährigen Jahreskonferenz des C·A·P, des **Deutschland-Radio Berlin** und der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** am **5./6. November** im Preußischen Landtag in Berlin. Mit einer Rede des österreichischen Bundeskanzlers **Viktor Klima** wird die Diskussion eröffnet. Am folgenden Tag heißen die Themen „Standortbestimmung Europas in der Welt“, „Europas Rolle in der Weltpolitik von morgen“, „Weltkultur – Konflikt der Kulturen?“ und „Globale Perspektiven für Wirtschaft und Finanzdienstleistungen“. Als Referenten haben u.a. bereits **Volker Rühe**, **Zbigniew Brezinski**, **Aleksander Kwasniewski** sowie **Peter Sutherland** zugesagt.

Informationen und Anmeldung: FAZ GmbH, Monika Waigel, Postfach, 60267 Frankfurt a.M., Fax: 069-7591-2188

Professor Werner Weidenfeld moderierte den **Deutsch-Jüdischen Dialog** der **Bertelsmann Stiftung**. Am Rande der Tagung trafen zusammen (von rechts nach links): Dr. Mark Wössner, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG, Lord George Weidenfeld, Mitglied des britischen Oberhauses und Verleger, Liz Mohn, Beirat der Bertelsmann Stiftung, Gerhard Schröder, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Professor Dr. Werner Weidenfeld.

Israel und Europa in einem Netzwerk verbinden

Ab Oktober 1997 wird bei der *Forschungsgruppe Europa* ein neues Projekt „Netzwerk Europapolitik an israelischen Hochschulen“ starten. Das Vorhaben ist auf vier Jahre angelegt und führt bisherige Israel-Projekte modifiziert fort. Kerngedanke ist es, die EU als Partner und Modell in Israel zu präsentieren und strategische Konzepte regionaler Integration als Vorbild für den Nahen Osten zu diskutieren. Dazu wird die Forschungsgruppe Europa mit israelischen Partneruniversitäten jährlich einen „Junior Round Table“ mit israelischen und palästinensischen Studenten und alle zwei Jahre eine öffentliche Europa-Fachkonferenz organisieren. Mit dieser Konzeption bietet sich die Chance, den Dialog zwischen jungen Israelis und Palästinensern über eine gemeinsame Politik zu initiieren und Ergebnisse an eine breitere Öffentlichkeit zu vermitteln. Als drittes Element beinhaltet das Projekt jährlich eine israelische Gastprofessur an der Universität München sowie eine europäische Gastdozentur in Israel. Der angestrebte Austausch von Wissenschaftlern und Studenten soll dazu beitragen, Grenzen in den Köpfen zu überwinden und wechselseitige Kenntnisse über Europa und den Nahen Osten zu vertiefen.

Ein Forum für Israelis
und Palästinenser